GROSS-BERLIN

PREIS 10 PF.

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke" erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung. Bezugspreis 2.— Mark monatlich zuzüglich Zustellgebühr nach Vereinbarung. Anzeigenpreise Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit. Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a. Fernruf: F 7, Jannowitz, 5909. Postscheckkonto Berlin, Nr 80460 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.).

NUMMER 123 B | BERLIN • Sonnabend, den 28. Mai 1932 | 1. JAHRGANG

Klassenkampf oder Hungerrevolte?

Zusammenstöße zwischen Anhängern der alten und denen der neuen Ordnung.

Hk. Die Schüsse, die am 20. Mai in Waltershausen zwischen Erwerbslosen und Polizei gewechselt wurden, sind ein Signal gewesen: fast täglich sind seitdem ähnliche Unruhen aus vielen Teilen des Reichs gemeldet worden. Vom Mittwoch und Donnerstag liegen uns Meldungen vor über Zusammenstöße in Aachen, Berlin, Dortmund, Düsseldorf, Gotha, Hamburg, Solingen und Wuppertal.

Zwei Formen dieser Unruhen treten hervor: 1. Sturm auf Wohlfahrtsämter und Rathäuser als Protest gegen die Kürzung der Unterstützungssätze; 2. Ueberfälle auf Cafés oder Geschäfte; auch Plünderungen.

In Hamburg erschienen am Mittwoch plötzlich Erwerbslose am Jungfernstieg, unter Rufen: „Hunger! Hunger!" Sie zertrümmerten an dem Café „Alsterpavillon" die Fenster. Am Donnerstag kam es am Saegerplatz in Hamburg nach einer Erwerbslosenversammlung zu Zusammenstößen mit der Polizei. Dabei wurde geschossen und mehrere Demonstranten und ein Polizeibeamter verletzt.

Aus Düsseldorf wird gemeldet, daß dort am Donnerstag auf der Königsallee plötzlich über hundert Menschen erschienen. Sie liefen zunächst unter dem Gesang der Internationale im Laufschritt durch die Straßen, ergriffen dann plötzlich vor einem Kaffeehaus stehende Stühle und Tische und schleuderten sie in die großen Spiegelscheiben mehrerer Geschäfte; 12 große Schaufensterscheiben und verschiedene Glasscheiben parkender Kraftwagen wurden zertrümmert. Die Demonstranten zerstreuten sich, bevor die Ueberfallkommandos zur Stelle waren. Am Abend wurden an mehreren anderen Stellen der Stadt Fensterscheiben von Geschäften und Hotels zertrümmert, in Düsseldorf-Gerresheim ein Lebensmittelgeschäft geplündert.

Aus Wuppertal wird der „Roten Fahne" ein Sturm auf das Arbeitsamt Barmen-Recklinghausen berichtet, der als Erfolg die Zertrümmerung der Fenster und Einrichtung des Amtes aufwies.

*

Sollte es sich bei diesen Aktionen um rein spontane Ausbrüche von Verzweiflung und Empörung handeln, so ist es Aufgabe des politisch geschulten und kampfentschlossenen Teils der Arbeiterschaft, die Kräfte, die hier in der Empörung losbrechen, zielbewußt in den Klassenkampf einzuordnen.

Wo sind sie einzusetzen? „Auf der Tagesordnung steht" heute immer noch die Abwehr HITLERS, der die organisierte Arbeiterschaft mit Halsabschneidung bedroht. Immer noch; auch nach Waltershausen und den folgenden Unruhen. Denn solche Unruhen zeigen noch nicht das Vorhandensein einer „revolutionären Situation" an, die es der Arbeiterschaft erlauben würde, zum entscheidenden Kampf um die Eroberung der Macht vorzustoßen. Daß eine solche Situation heute nicht vorhanden ist, zeigt vor allem die Tatsache, daß die Hauptmasse der organisierten Arbeiter, die Kollegenschaft in den Freien Gewerkschaften, weitgehend kampfentwöhnt ist. Alle „Entlarvungen" der „Gewerkschaftsbürokratie" seitens der Kommunisten haben es — worüber wir nicht erstaunt sind — nicht zuwege gebracht, die Gewerkschaften auf die Höhe ihrer Kampfaufgaben zu bringen. Der erfahrenste Revolutionär des internationalen Proletariats, LENIN, hat immer betont, welche Sorgfalt man der Kampferziehung der gewerkschaftlichen Masse zuwenden muß, ehe man daran denken kann, den entscheidenden Schlag gegen die staatlich und anderswie organisierte Ausbeuterklasse zu führen. Solange die Kampferziehung der gewerkschaftlichen Masse nicht bis zu einer bestimmten Stufe vorwärtsgetrieben ist, *„kann man die politische Macht nicht erobern und soll nicht versuchen, es zu tun"*, warnte LENIN. Ich habe dies hier angeführt, um zu begründen, daß es ein verhängnisvoller Irrtum wäre, heute auf Grund der Erwerbslosenunruhen dieser Tage die Arbeiterschaft für vorbereitet zum Kampf um die Macht zu halten.

Es geht um die viel primitivere Aufgabe, uns HITLER vom Halse zu halten.

Dazu gibt es nur das Mittel der Einheitsfront der Arbeiter. Lassen wir uns durch angeblich „höhere Formen des Klassenkampfes" in den Tagen seit Waltershausen nicht die Dringlichkeit der Einheitsfront verdunkeln, dieser Aufgabe, die an Bedeutung heute alle anderen Aufgaben in den Schatten stellt!

Wenn wir sie nicht lösen, sind wir erschossen, dann werden sogar diese Unruhen in ihrem Erfolg nur eine Befestigung der herrschenden Klasse bewirken.

„Wollte man gewissen Orakeln einer abgefeimten Politik Glauben schenken, so erscheint ein wenig Aufstand vom Standpunkt der Macht aus wünschenswert. System: Der Aufstand befestigt die Regierungen, die er nicht über den Haufen wirft. Er erprobt das Heer; er einigt die Bourgeoisie; er stählt die Muskeln der Polizei; er zeigt die Widerstandskraft des gesellschaftlichen Aufbaus. Er ist eine Art Gymnastik, fast Hygiene. Die Macht fühlt sich wohler nach einem Aufstand, wie der Mensch nach einer Abreibung." (VICTOR HUGO.)

Der „Sozialismus" der Nazis.

Wo bleibt die geregelte Verkürzung der Arbeitszeit?

Die sozialdemokratische Frankfurter „Volksstimme" veröffentlicht eine Darstellung der Verhältnisse am „Frankfurter Hof", einem Frankfurter Hotel, die der Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Caféangestellten gibt.

Im Hotel „Frankfurter Hof" sind 190 Angestellte beschäftigt; von denen sind jetzt 75 gekündigt worden. Diese Kündigungen hat man nur zum Teil dazu benutzt, Angestellte gänzlich abzubauen; bei dem Rest hat man mit Hilfe der ausgesprochenen Kündigungen die bisher zehnstündige Arbeitszeit auf zwölf und vierzehn Stunden ausgedehnt.

Einer der Aktionäre des Unternehmens, BÖHMERS, ein bekannter Bremer Nationalsozialist und Schwiegersohn des verkrachten LAHUSEN, soll erklärt haben:

„Alle Angestellten, die über 35 Jahre alt sind, müssen aus dem Betrieb raus und alle, die über fünf Jahre im Betrieb tätig sind, ebenfalls!"

Damit soll offenbar der geringe Urlaub, der den Werktätigen mit Mühe und Not zugestanden wurde, auch noch möglichst weit gekürzt werden.

Nach dieser Weisung hat man denn auch verfahren.

Eine weitere ausbeuterische Maßnahme leistet sich die Hotelleitung bei der Behandlung der sogenannten Prozentempfänger, die tariflich zur „Entnahme von Kost im Betriebe gegen Entgelt . . . grundsätzlich nicht" verpflichtet sind. Man hat diese Arbeitnehmer mit Hilfe der Kündigung gezwungen, Kost und Wohnung im Hotel zu nehmen, und zwar ohne Rücksicht darauf, ob die in Frage kommenden Angestellten verheiratet sind und also einen eigenen Haushalt haben.

*

Die Gewerkschaft hat die Kollegen und Kolleginnen des „Frankfurter Hofs" aufgefordert, gegen diese Maßnahmen „Front zu machen". Wir sind selbstverständlich der gleichen Meinung. Das Frontmachen darf allerdings nicht nur darin bestehen, daß man Klagen beim Arbeitsgericht anbringt. Wir haben gerade in jüngster Zeit von manchen Erfolgen einer kämpferischen Haltung der Gewerkschaften berichten können, zuletzt in Nr. 121 des „Funken". Von der Gutwilligkeit der Unternehmer etwas zu erwarten, heißt Zeit und Kraft der Arbeiterbewegung verschwenden.

Die Heuchler in Genf.

Der Flottenausschuß der Abrüstungskonferenz hat den ersten abschließenden Bericht über seine Definitionsbemühungen gegeben, einen Bericht, der es noch einmal hervortreten läßt, worin die dunklen Stellen des Begriffs der Angriffswaffen liegen: in der absurden Forderung, daß für jeden der an der Beratung beteiligten Staaten die eigenen Waffen vom Umfang dieses Begriffs ausgeschlossen sein sollen, während die Waffen aller andern unter ihn fallen.

Für die Beibehaltung der Linienschiffe sprechen sich die Vereinigten Staaten, Großbritannien und Japan aus; Italien verlangt vollständige Abschaffung der Linienschiffe zusammen mit den Unterseebooten. Deutschland, Sowjetrußland, Frankreich, Polen, Spanien und Finnland sowie die südamerikanischen Staaten fordern die Abschaffung der Linienschiffe von einer bestimmten Tonnage an. Die Beibehaltung der Flugzeugmutterschiffe wird von den Vereinigten Staaten, England und Frankreich gefordert, während sämtliche übrigen Mächte, insbesondere Japan, die Abschaffung fordern. Die vollständige Beibehaltung der Unterseeboote wird von Frankreich gefordert. Dagegen verlangen die Vereinigten Staaten, England, Sowjetrußland, Deutschland und Italien die Abschaffung der U-Bootwaffe. Eine dritte Staatengruppe, Norwegen, Schweden und Polen, verlangt die Abschaffung der großen Unterseeboote. Die Abschaffung der Minen wird von sämtlichen Staaten gefordert.

AUS DEM INHALT:

Schwenkung der russischen Agrarpolitik.
Saito beginnt mit der Arbeit.
Was kostet der Krieg?
Streiks in Frankreich.
Die Arbeiterpartei treu zum König.
Aus der deutschen Klassenjustiz.
Der Pastoren-Sumpf.

Zwei Wege.

Das Proletariat soll wählen.

Von Willi Eichler.

Im Verlag für Literatur und Politik erscheint seit einiger Zeit eine „Kleine Lenin-Bibliothek", die sich das Ziel gesetzt hat, die wichtigsten Lehren LENINS, des politischen Führers der Arbeiterschaft auf dem schweren Wege der Befreiung vom kapitalistischen Joch, auch *den* Genossen zugänglich zu machen, die aus Geld-, Zeit- oder noch anderem Mangel nicht in der Lage sind, die „Gesammelten Werke" LENINS, die der gleiche Verlag in würdiger und schöner Form herausbringt, zu studieren.

Freilich: Wer es irgend kann, der sollte die „Gesammelten Werke" lesen — auch wenn er dabei das eine oder andere Kapitel oder auch größere Stück vorläufig auslassen müßte. Es gibt kaum einen annähernd so guten und überzeugenden politischen Lehrmeister für einen vorurteilslosen revolutionären Politiker, wie diese zusammengefaßten Werke LENINS. Was hier an Erfahrungen, Beobachtungen und geschichtlichen Tatsachen vereinigt ist, das ist so ungeheuer wichtig, daß keiner sich anmaßen sollte, in Dingen der Arbeiterbewegung mitreden zu wollen, der diese LENINsche Lebensarbeit nicht kennt.

Aber es kommt darauf an, für diese Arbeit erst Interesse zu wecken. Dazu kann die „Kleine Lenin-Bibliothek" gewiß ausgezeichnet helfen. Sie ist sehr ansprechend ausgestattet und kostet pro Band immer nur ein paar Pfennige.

Soeben kommt ihr 7. Heft heraus mit dem zeitgemäßen Thema: „Ueber den Kampf gegen die Kriegsgefahr." (88 Seiten, 70 Pfennige.)

Was die Arbeit LENINS auszeichnet, ist eine unerhört phrasenlose Betrachtung der politischen Wirklichkeit. Es ist geradezu eine Erholung, nach all dem verlogenen Quatsch und den ablenkenden Sermonen über die „nationale und soziale Befreiung" und die „Tribute" und das „deutsche Volk", nach all den SCHERINGERS und HEILMANNS und anderen Sozialchauvinisten und Nationalbolchewisten hier die Sprache eines klaren Politikers zu vernehmen. Ich zitiere hier eine der vielen, wunderbar klar gefaßten Gedankengänge, die er während des Krieges (fast als einziger), aufgeschrieben hat. Es handelt sich hier um eine Kontroverse mit dem schweizerischen sozialdemokratischen Führer HERMANN GREULICH, die LENIN „Zwölf kurze Thesen über H. GREULICHS Verteidigung der Landesverteidigung" nennt. Der Schluß dieser LENINschen Thesen sei hier hergesetzt:

„Gen. GREULICH . . . vergißt, daß in Wirklichkeit nur zwei Wege vor dem schweizerischen Proletariat offenliegen:

Erster Weg. Seiner nationalen Bourgeoisie zu helfen, sich zu bewaffnen, Mobilisationen zu dem angeblichen Zwecke des Schutzes der Neutralität zu unterstützen, täglich Gefahr zu laufen, in den imperialistischen Krieg hineingezogen zu werden. Im Falle des „Sieges"

in einem solchen Kriege zu verhungern, 100 000 Tote zu verzeichnen, der schweizerischen Bourgeoisie neue Milliarden Kriegsgewinne in die Taschen zu stecken, ihr neue gewinnbringende Kapitalanlagen im Auslande zu sichern, in eine neue finanzielle Knechtschaft von seinen imperialistischen „Verbündeten" zu geraten.

Zweiter Weg. Im innigsten Bunde mit den internationalistischen revolutionären Minderheiten aller Großmächte einen rücksichtslosen Kampf gegen alle „Bourgeoisregierungen" und zuerst gegen seine „Bourgeoisregierung" zu führen, kein „Vertrauen", weder seiner Bourgeoisregierung noch auch ihren Reden von dem Schutze der Neutralität zu schenken, die Sozialpatrioten höflichst einzuladen, in den Grütliverein (kleinbürgerlichen Arbeiterverein, Red.) zu übersiedeln.

Im Falle des Sieges die Teuerung, den Hunger und die Kriege für immer los zu werden, die sozialistische Revolution zusammen mit den französischen, deutschen u. s. w. Arbeitern zu inszenieren.

Beide Wege sind schwierig, beide ohne Opfer ungangbar.

Das schweizerische Proletariat soll wählen, ob es diese Opfer der imperialistischen Bourgeoisie der Schweiz und einer der Großmächtekoalitionen oder aber der Sache der Befreiung der Menschheit vom Kapitalismus, vom Hunger, von den Kriegen bringen will.

Das Proletariat soll wählen."

*

Dies ist die Stimme der politischen Vernunft: eindeutig, klar und befolgbar. Für denkende Menschen leicht zu finden — aber wo ist heute die Tätigkeit des Denkens noch geschätzt! So habe ich, um heranzuholen, was heute geschätzt wird: nämlich Autoritäten, auch eine Autorität zitiert. Gewiß wird ein richtiger Gedanke nicht erst dadurch richtig, daß eine Autorität ihn ausspricht. Aber es kommt heute in der Politik, gerade

in der Haltung zum Krieg, nicht so sehr auf Erziehungsversuche an als vielmehr auf Taten des Proletariats.

Und wenn diese Taten unter Berufung darauf, daß auch LENIN sie billigen würde, leichter hervorzurufen sind, dann wollen wir uns getrost nicht nur auf die Vernunft, sondern auch auf unsere Führer berufen, damit, wie ein französischer Dichter einmal von VOLTAIRE sagte: „da von den Thronen nur Nacht ausgeht, das Licht aus den Gräbern steige".

Spaltung der französischen Sozialisten?

In der Presse waren Mitteilungen erschienen über einen Besuch der frahzösischen Sozialisten RENAUDEL, FROT und FROSSARD. Dazu schreiben diese drei:

„Ueber unsere Unterredung mit HERRIOT sind in der Presse unrichtige Informationen [illegible] mit HERRIOT war rein persönlicher und privater Natur. Sie konnte weder auf der einen noch auf der anderen Seite zu irgend einer Verpflichtung oder einem Vorschlag führen. Sie hatte ferner nichts mit den Meinungsverschiedenheiten in der Sozialistischen Partei zu tun."

Mögen die Unterhaltungen der drei Sozialisten mit HERRIOT noch so harmlos gewesen sein — in der Frage der Beteiligung an einer Koalition mit Bürgerlichen kann es für die Führer einer Arbeiterpartei selbstverständlich keine „privaten" Aktionen geben. Das einzige, was den Forderungen der Arbeiterschaft im Augenblick Nachdruck verleihen kann, ist die Geschlossenheit ihres Vorgehens. Die Erfahrungen mit den sächsischen Sozialdemokraten, mit PAUL BONCOUR, vor allem aber mit MACDONALD, sollten zur Vorsicht mahnen: Wer jetzt gegen die Gesetze proletarischer Disziplin verstößt, und „persönlich und privat" mit dem Klassengegner Unterhaltungen pflegt, gehört „auf den Misthaufen der Geschichte".

Saito beginnt mit der Arbeit.

Der Krieg wird fortgesetzt / Neue Forderungen der Nationalisten.

Das neue japanische Kabinett trat am Donnerstag zu seiner ersten Sitzung zusammen. Ministerpräsident SAITO erstattete Bericht über die außenpolitische Lage und forderte weiteres Vorgehen der Japaner in der Mandschurei zum Schutz der japanischen Interessen.

Die Zusammensetzung des Kabinetts hat noch in letzter Minute eine Aenderung erfahren: Der neuernannte Kriegsminister hat die Uebernahme des Ministeriums abgelehnt; der frühere Kriegsminister ARAKI hat eingewilligt, sein Amt fortzuführen. Dieser Schritt wird im allgemeinen von den politischen Kreisen als Stärkung des Kabinetts begrüßt.

An den entscheidenden Stellen hat das Kabinett aber keine Freunde. Die Nationalisten sind unzufrieden damit, daß das Kabinett sieben Parteivertreter enthält. Ihr Wunsch nach einer „überparteilichen" — gemeint ist: von militärischen Interessen bestimmten — Regierung sei demnach nicht erfüllt. Sie prophezeien dem Kabinett nur eine kurze Lebensdauer.

Der japanische General SCHIROKAWA, der bei dem Schanghaier Attentat schwer verletzt wurde, ist seinen Wunden erlegen.

Was kostet der Krieg?

Wie der Direktor des Statistischen Amtes in Nanking mitteilt, haben die Kämpfe um Schanghai China bis zum 15. April 1932 im ganzen 1560 Millionen chinesische Dollar oder rund 3280 Millionen Mark gekostet. Ueber 8000 Personen wurden getötet und 2000 verletzt. 10 400 Personen wurden vermißt. 814 000 Personen oder 45 Prozent der Gesamtbevölkerung von Schanghai wurden durch die Feindseligkeiten unmittelbar in Mitleidenschaft gezogen. 10 Hochschulen, 30 mittlere Schulen und 200 Volksschulen mußten geschlossen werden, wodurch 40 000 Studenten und Schüler an der Fortsetzung ihres Studiums gehindert wurden. Der durch die Beschießung und den Bombenabwurf an Schulen angerichtete Schaden beläuft sich auf über 13 Millionen chinesische Dollar. Die Geschäftstätigkeit der Banken und anderen dem Geldverkehr dienenden Unternehmen in Schanghai war um 85 Prozent geringer als in normalen Zeiten.

*

Auf eine Anfrage im englischen Unterhaus hin wurde amtlich mitgeteilt, daß aus England in den Monaten Februar, März und April nach Japan 240 Feldgeschütze und Maschinengewehre und sechs Millionen Maschinengewehrpatronen, nach China 25 Maschinengewehre, 505 000 Maschinengewehrpatronen und 500 000 Gewehrpatronen ausgeführt worden seien.

Polen, Danzig und Ostpreußen.

Die Erregung wächst auf beiden Seiten.

Die deutsche Regierung hat einen Ausbau der ostpreußischen Befestigungen an der polnischen Grenze angeordnet. Die polnische Presse veröffentlicht diese Nachricht unter der Ueberschrift: „Die Deutschen drohen!"

Die Polen verbreiten in der Umgebung von Danzig Flugblätter, die zum Boykott von Danzig und Zoppot auffordern. Der Senat von Danzig hat bei dem diplomatischen Vertreter Polens in Danzig dagegen protestiert und eine Abschrift dieses Protestschreibens dem Völkerbundskommissar zugeleitet.

Jeder Anlaß in diesem Kleinstaat [illegible] zu einem Anlaß neuer Verhetzung gegen den Nachbarstaat. Der Arbeiterschaft erwächst daraus die große Aufgabe, sich gegen solche nationalistischen Machenschaften zur Wehr zu setzen und über die Grenzen hinüber Fühlung mit den Klassengenossen im anderen Land zu suchen.

Simmat zurückgetreten.

Der Präsident des litauischen Direktoriums, SIMMAT, hat an den neuen Gouverneur GYLYS ein Schreiben gerichtet, in dem er den Rücktritt seines Direktoriums mitteilt. GYLYS hat den Rücktritt genehmigt und SIMMAT gebeten, die Geschäfte bis zur Neubildung des Direktoriums weiterzuführen.

Fall Meyer / Beckers noch unerledigt.

e Kowno, 26. Mai.

Die Verfügung des Untersuchungsrichters in Kowno, der die beiden Angeklagten gegen eine Kaution von 3000 Lit aus der Haft zu entlassen angeordnet hat, ist bei dem Oberstaatsanwalt auf Widerspruch gestoßen, der unbedingt auf der Durchführung des Prozesses bestehen soll.

Das Gesuch der Memeler Oberstaatsanwaltschaft, die beantragt hatte, den Prozeß gegen den Schulrat MEYER vor einem memelländischen Gericht zu verhandeln, ist abgelehnt worden, was nach der Meinung der Memelländer eine Verletzung des Memelstatuts darstellt.

Das neue Kabinett in Griechenland.

Athen, 26. Mai.

Der Staatspräsident ZAIMIS beauftragte PAPANASTASIU mit der Regierungsbildung; das Kabinett ist bereits zustande gekommen. PAPANASTASIU übernimmt in dem neuen Kabinett die Ministerpräsidentschaft, das Ministerium des Aeußeren und das Kriegsministerium. Minister des Inneren ist BACOPOULOS, das Finanzministerium hat WARWARESSOS behalten.

Die politische Laufbahn ALEXANDER PAPANASTASIUS zeigt merkwürdige Wendungen. In der Kriegszeit schloß er sich den Liberalen unter VENIZELOS an, 1917 wurde er Minister. Später löste er die Beziehungen zu VENIZELOS und wurde Gründer und Führer der Republikanischen Union. Unter seiner Ministerpräsidentschaft wurde im März 1924 von der vierten griechischen Nationalversammlung die Republik ausgerufen.

Wenige Jahre später kam er, der alte Vorkämpfer der Republik, in die Lage, daß er gemeinsam mit den Royalisten gegen VENIZELOS Front machte. Vermutlich hat es sich dabei nur um eine taktische Front gehandelt. Man rechnet in Griechenland damit, daß die Tatsache, daß PAPANASTASIU außer der Ministerpräsidentschaft das Außenministerium und das Kriegsministerium übernimmt, die Absicht erkennen läßt, den von seiten des Militärs kommenden Diktaturwünschen entgegenzutreten.

Auch Motorenstärke und Tragflächen kennzeichnen den Angriffscharakter

g Genf, 26. Mai.

Im Luftfahrtausschuß der Abrüstungskonferenz wurde am Donnerstag gegen die Stimmen Englands, Frankreichs, der USA, Hollands und der mit Frankreich befreundeten Staatengruppe ein u. a. von Deutschland und Sowjet-Rußland unterstützter italienischer Antrag mit 19 gegen 18 Stimmen angenommen, wonach der Angriffscharakter von Flugzeugen nicht nur durch das Leergewicht, sondern auch durch die Motorenstärke und die Tragflächen bestimmt werden soll.

Die französische Regierung hat mit der Annahme dieses Antrages eine Niederlage erlitten, da sie die gegenteilige Meinung vertrat, offenbar um allen großen Zivilflugzeugen Angriffscharakter zu verleihen.

PORGY.

Ein Neger-Roman von *du Bose Heyward*.

(Deutsche Rechte: Th. Knaur. Nachfolger. Verlag. Berlin.)

(31. Fortsetzung.)

Mit starkem Arm brachte Bess Porgy zur Treppe hinüber, die zum Glück in der Nähe ihres Zimmers lag. Während er sie dann allein hinaufkroch, stürzte sie noch einmal zurück, war jedoch bald wieder mit einem Arm voll Sachen hinter ihm.

In einem hohen, viereckigen Raum des zweiten Stockwerks suchten sie Zuflucht, dem früheren Ballsaal des Herrenhauses, den jetzt eine große, kinderreiche Familie bewohnte. Hier fanden sie schon verschiedene Flüchtlinge vor. Der matte Schein einiger Laternen erhellte die unvergängliche Schönheit dieses Gemachs, während die Verwüstungen, die ein Jahrhundert in ihm angerichtet, im Schatten blieben. Der vornehme, offene Kamin, der hohe Sims darüber mit seinem Mäanderfries und gewundenen Schnecken, die hohe Wandtäfelung — alles war erhalten. Doch jetzt blickte diese Pracht auf schwarze, verängstigte Menschen herab, die zusammengedrängt auf dem Boden hockten oder mit furchtgeweiteten Augen an den Mauern lehnten.

Wie die völlige Auflösung einer alten Kultur wirkte dies Bild, wie das letzte, tragische Kapitel in der Geschichte einer Menschheit, über die der Zorn weißer und schwarzer Gottheiten drohend die Geisel schwang . . .

Eine Nacht namenlosen Schreckens brach über die Bewohner der Haifischgasse herein. Die meisten von ihnen waren inzwischen in das zweite Stockwerk geflohen, die von unten, um dem eindringenden Meer, die von oben, um den Angriffen zu entfliehen, die das Unwetter mit ohrenbetäubendem Lärm auf das Dach über ihren Köpfen machte.

Seit man nicht mehr sehen konnte, gewann das, was man hörte, doppelt an Furchtbarkeit. In das einförmige Brüllen des Sturmes mischten sich in der Dunkelheit Töne, die wie menschliche Schreie klangen, wie Klagen und Heulen. Als für einen kurzen Augenblick in dem Saal einmal völlige Ruhe herrschte, vernahm man sogar deutliches Pferdewiehern.

„Das ist mein armer, alter Gaul!" wimmerte Peter. „Jetzt liegt er wahrscheinlich tot im Stall und sein Geist geht um!"

Alle stimmten in seinen Jammer ein, und Porgy, der an seinen Ziegenbock dachte, wandte stöhnend sein Gesicht zur Wand.

Jetzt begann einer zu singen:

„Auf Fels hat gebaut,
Wer dem Heiland vertraut . . ."

Mit einem Gefühl unendlicher Erleichterung klammerte Porgy sich im Geist an die Gestalt Christi an. Jetzt griff er nicht nach Zauberei, wie damals, als es sich darum handelte, eine körperliche Krankheit zu lindern, sondern suchte die gütige Macht, die vielleicht sogar die Gewalt des Sturmes überwand. Sein klangvoller Bariton übertönte die anderen Stimmen:

„Für euch, die ihr Kummer leidet und Not,
Starb Jesus den bitteren Kreuzestod! . . .
Auf Fels hat gebaut,
Wer dem Heiland vertraut!"

Voll Inbrunst fielen alle ein. Sogar die, die ein unruhiger Schlaf umfing, erwachten, rieben sich die Augen und sangen mit.

Stunde um Stunde verrann. Draußen hatte das Unwetter die wehrlose Stadt unter seinen Willen gezwungen — in dem großen Ballsaal der Haifischgasse aber saßen vierzig Seelen, die ihr Glaube wie ein undurchdringlicher Panzer schützend umgab. Sie wiegten den Oberkörper hin und her und schlugen mit den Händen den Takt, sie ließen Kummer und Furcht in dem stets gleichbleibenden Rhythmus verströmen.

Endlich versank die Nacht, und in dem matten Lichtschein, der durch die Wolkenwand aufglomm, begrüßten sie dankbar den jungen Tag . . .

Ungefähr eine Stunde nach Tagesanbruch trat Windstille ein — genau so plötzlich und unvermutet, wie der Sturm sich erhoben hatte. Eben raste das Unwetter noch mit ungebrochener Kraft — eine Sekunde später war alles vorüber. Unmittelbar, als hätte er sich selbst eingeschluckt, sank der Sturm in sich zusammen. Eine beklemmende Leere trat für einen Augenblick an seine Stelle — dann vernahm man das Zurückrauschen des Wassers von dem überfluteten Strand.

Die Ebbe war überfällig. Unter dem unermeßlichen Druck des Sturmes hatte die Flut zweimal das Wasser in gleicher Höhe gehalten, doch jetzt, da der Druck geschwunden war, jagte es strudelnd unter dem tiefhängenden Nebel dem Meere zu, auf seinem Rücken mitleiderregende Beutestücke davontragend.

Die in dem großen Ballsaal zusammengedrängten Menschen erreichte dies willkommene Rauschen, als sich der Hof auf die Straße hinaus entleerte. Die Neger stürzten nach den verbarrikadierten Fenstern und sahen hinaus.

Das Wasser, auf dessen Oberfläche allerlei Trümmer herumtrieben, ging mit unglaublicher Schnelligkeit zurück. Die Straße sah aus wie ein Wasserfall, der schäumend und siedend den Weg zum Meere sucht. Jetzt tauchte der Kai wieder auf, und an seiner äußersten Spitze konnte man sogar einen wesentlichen Ueberrest des Kaihauses entdecken. Wie der das Unwetter hatte überdauern können, blieb ein immer ungelöstes Rätsel.

Plötzlich stieß Peter, der an einem der Fenster stand, einen Schrei aus. Die anderen Neger drängelten sich hinter ihn, um hinauszusehen.

Auf dem noch immer sehr hochgehenden Meer ließ eine große Welle, die sich über die anderen erhob, den Rumpf eines schon halb gesunkenen Schiffes sichtbar werden. Bevor die Beobachtenden es sehen konnten, war es schon wieder in einem Wellental versunken. Doch der alte Mann zeigte ihnen genau, wohin sie den Blick richten müßten, und als nun eine schwere Sturzwelle es mit dem Bug voran wieder emporschnellen ließ, konnten es alle erkennen. Scharlachrot blitzte eine Planke auf, und darunter breitete ein hellblauer Vogel seine Schwingen.

„Die ‚Möwe'!" schrien viele Stimmen zugleich. „Mein Gott — das ist ja Jakes Boot!"

(Fortsetzung folgt.)

Aus der Klassenjustiz / Günstlinge und Opfer.

Drei Kommunisten tot — macht neun Jahre neun Monate.

u Wuppertal, 26. Mai.

Am Tage des ersten Wahlganges zur Präsidentenwahl (13. März) waren in Hückeswagen (Rheinland) drei Kommunisten von NS erschossen worden. Am 26. Mai wurde vom Wuppertaler Schwurgericht das Urteil gegen die angeklagten NS gefällt.

Zwei NS wurden wegen Totschlags verurteilt; der eine zu fünf Jahren Gefängnis und drei Jahren Ehrverlust; der andere zu dreieinhalb Jahren Gefängnis. Der Führer der Lenneper NS, der Zahnarzt HEUKENKAMP, der — wie der Staatsanwalt auf Grund der Zeugenaussagen feststellte — das Kommando „Schießen!" gegeben hatte, und gegen den der Staatsanwalt wegen Anstiftung zum Totschlag acht Jahre *Zuchthaus* beantragt hatte, wurde wegen Raufhandels zu einem Jahr, drei Monaten *Gefängnis* verurteilt.

Vier Kommunisten verurteilt.

Das Altonaer Schwurgericht verurteilte vier Kommunisten, die an einer Schießerei auf ein NS-Verkehrslokal beteiligt waren.

Ein Kommunist wurde wegen Anstiftung zum versuchten Totschlag zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Drei andere erhielten wegen versuchten Totschlags Strafen von einem Jahr, von 14 Monaten und von 15 Monaten Gefängnis.

Der Oberleutnant Schulz.

Der Kommunist PIECK hat am Mittwoch im Landtag den NS zugerufen, daß sich Mörder in ihren Fraktionen befänden. Gegen einen von ihnen, den ehemaligen Oberleutnant SCHULZ von der Schwarzen Reichswehr, der eine Reihe Fememorde angestiftet hat und in den neuen Landtag gewählt worden ist, bringen wir hier einiges Material. Wir entnehmen es dem GUMBELschen Buch: „Verräter verfallen der Feme." Nur diejenigen Fälle stellen wir hier zusammen, in denen Urteil oder Anklageschrift behaupten, daß SCHULZ der Anstifter des Mordes oder des Mordversuchs war.

31. März 1923: Mord an dem Wachtmeister WILLY LEGNER. Verfahren gegen SCHULZ schwebt noch.

16. Juni 1923: Mordversuch an dem Feldwebel FRITZ GAEDICKE. SCHULZ freigesprochen.

18. Juli 1923: Mord an dem Feldwebel WALTER WILMS. SCHULZ zum Tode verurteilt, schließlich zu siebeneinhalb Jahren Gefängnis amnestiert. 1929 aus „Gesundheitsrücksichten" aus der Haft beurlaubt.

22. Juli 1923: Mord an PAUL GROESCHKE. SCHULZ freigesprochen.

2. August 1923: Mord an dem Unteroffizier ALFRED BRAUER. Verfahren gegen SCHULZ schwebt noch.

3. September 1923: Mord an dem Leutnant GEORG SAND. Verfahren schwebt noch.

*

GUMBEL schrieb 1929 am Schluß seines Buches:

„Und die Arbeiterschaft möge wissen: Wenn der jetzige Siegeszug des Kapitalismus zum Stocken kommt, und wenn die Demokratie nicht mehr zum Schutz der herrschenden Klasse genügt, werden Schwarze Reichswehr und Fememorde wieder auferstehen."

New Yorker Stadtfinanzen.

Walker als angeklagter Zeuge.

f New York, 25. Mai.

Vor dem vom Gouverneur ROOSEVELT zur Untersuchung der New Yorker Stadtfinanzen eingesetzten Untersuchungsausschuß begann am Mittwoch nach monatelangen Vorarbeiten die Vernehmung des Bürgermeisters WALKER als Zeugen über dessen private Finanzangelegenheiten. 5000 Personen umlagerten das Gerichtsgebäude, um als Zuhörer Einlaß zu erhalten. Es wurden jedoch nur 350 Personen zugelassen. Die polizeilichen Absperrungen sind sehr streng. Hauptpunkt der Untersuchung ist WALKERS Europareise im Jahre 1927. Er soll angeblich während seines sechstägigen Aufenthaltes in Paris 13 000 Dollar ausgegeben haben. Ferner soll WALKER große Summen als „Entschädigung für politische Beratung" angenommen haben. Das Verhör dauert voraussichtlich drei Tage. Das Ziel des Staatsanwalts SEABURY, der die Untersuchung leitet, ist der Antrag auf Amtsenthebung des New Yorker Bürgermeisters.

*

Auf Grund der gegen ihn vorgebrachten Anschuldigungen verzichtete WALKER auf seine Immunität und begann, sich offiziell zu verteidigen. Von den Kosten des Pariser Aufenthalts erklärte er, die 13 000 Dollar seien der Reisefonds für die ganze unter seiner Führung stehende Reisegesellschaft gewesen. Er habe selber zu diesem Fonds beigesteuert. Einen großen Teil seines Vermögens habe er während der Börsenhausse in der Zeit von 1927 bis 1929 gewonnen.

Unter den Zuhörern war eine große Schar von WALKERS Parteifreunden, die seine Ausführungen mit lautem Beifall und die Angriffe des Staatsanwalts mit Tumult beantworteten.

Der Pastoren-Sumpf.

h Berlin, 26. Mai.

Im Devaheimprozeß verhörte das Gericht am Donnerstag den Direktor der Wirtschaftsabteilung des Devaheim-Konzerns, Dr. SCHLUNK, der auch Geschäftsführer der Evangelischen Versicherungs-Zentrale war, deren Vorstand Pastor CREMER angehörte. Nach Angaben SCHLUNKS betrugen

die Einkünfte Pastor CREMERS

aus der Evangelischen Versicherungs-Zentrale an Gehalt, Aufwand und Reisespesen 16 000 Mark. Aus anderen Fonds erhielt CREMER noch einen Betrag von 10 000 Mark und auch der Betrag von 60 000 Mark für die Anschaffung von zwei Autos und deren Unterhaltung war aus Geldern der Evangelischen Versicherungs-Zentrale gezahlt worden.

Um einen Skandal zu vermeiden, habe die Evangelische Versicherungs-Zentrale auch ein Schuldkonto CREMERS in Höhe von 20 000 Mark gedeckt.

Der nächste Zeuge ist Pfarrer D. Dr. STEINWEG, der Direktor der Wohlfahrtsabteilung des Zentralausschusses für innere Mission, der sich über die Verteilung der dem Zentralausschuß für innere Mission zufließenden Gelder aussprach. Nach Ansicht STEINWEGS sei Pastor CREMER nicht berechtigt gewesen, aus den Geheimkonten Beträge zur Anschaffung von Autos zu entnehmen.

Pastor CREMER habe aber als eine Autorität auf wirtschaftlichem Gebiet gegolten.

Man habe ihm deshalb größtes Vertrauen entgegengebracht, weshalb eine Kontrolle der von ihm verwalteten Fonds unterblieben war.

Es wurden noch Dr. LIBBERTZ, der Geschäftsführer der Hilfskasse, und Geheimrat SEEBERG, der Präsident des Zentralausschusses für innere Mission, vernommen. LIBBERTZ war mit einem Monatsgehalt von 2500 Mark beschäftigt und erhielt bei seiner Entlassung eine Abfindung in Höhe mehrerer Monatsgehälter.

Außerdem übernahm die Hilfskasse noch eine Schuldenlast des LIBBERTZ in Höhe von 140 000 Mark.

Geheimrat SEEBERG bekundete, daß er von den Geheimkonten erst in den Jahren 1928/29 erfahren habe, und zwar durch Verdächtigungen, die gegen Pastor CREMER ausgesprochen worden seien. Er habe Mitteilung bekommen, daß Pastor CREMER regelmäßig hohe Unterstützungen an einige Leute vergebe.

600 000 Mark Provision — für ein Geschäft.

Gegen den Bankier HEINZ BORCHARDT, Inhaber des Berliner Bankhauses HANSMANN & VON ZIMMERMANN ist ein Haftbefehl erlassen worden, und zwar wegen Depotunterschlagung in Höhe von 50 000 Mark. Außerdem wird B. einer Untreuehandlung zum Schaden der Allgemeinen Versicherungs-A. G. in Höhe von 600 000 Mark beschuldigt; er behauptet jedoch, dieser Betrag stehe ihm als Provision für die Vermittlung eines Rückversicherungsgeschäfts zu. Die Klärung dieser Frage wird wahrscheinlich ähnliche Resultate hervorbringen wie all die Korruptionsprozesse der letztvergangenen Monate.

Und aus wem werden alle solche Summen herausgewirtschaftet?

Die öffentlichen Versammlungen des ISK.

Berlin: Bezirk Westen: Montag, 30. Mai, 20 Uhr, in Wilmersdorf, Regensburger Straße 12, Restaurant Schütze. Thema: HITLER marschiert. Wer schafft die Abwehrfront?

Eisenach: 28. und 29. Mai (Sonnabend-Sonntag-Kurs). Thema: Demokratie — Führerschaft — Sozialismus. Beginn: Sonnabend 20.15 Uhr in der Wolfsburg, Katharinenstraße; Beginn der Sonntagsarbeit nach Verabredung; Ende Sonntag mittag. — Wir bitten um pünktliches Erscheinen.

Leipzig: Sonnabend, den 28. Mai, 20 Uhr, im Volkshaus, Zeitzer Straße 32. Thema: NS-Regierung — Inflationsgefahr!

München: Dienstag, 31. Mai, 20 Uhr, Gasthof „Goldener Stiefel", Sendlinger Str. 67. Thema: Der Vormarsch der Kulturreaktion. — Wo bleibt die Einheitsfront der Arbeiterschaft?

Freie Aussprache! Eintritt frei!

Wirtschaftspolitische Aussprache.

Berlin: Freitag, den 27. Mai, 20 Uhr, im Konferenzzimmer des Gewerkschaftshauses, Engelufer 24 (Eingang durchs Restaurant).

Thema: Ist der Bankerott von Schwerindustriellen zur Behebung der Wirtschaftskrise notwendig? Leitung der Aussprache: Hellmut Rauschenplat.

Unkostenbeitrag: 30 Pfennig. Für Erwerbslose frei.

Vom Parteienkampf.

Drei Schriften.

Bg. AUGUST ABEL behandelt in einer kleinen Broschüre „HITLERS *außenpolitische Katastrophe*" (Berlin 1932), und zwar befleißigt ABEL sich einer deutlich erkennbaren Sachlichkeit. Die Doppelzüngigkeit der Nationalsozialisten wird an mehreren Beispielen treffend gezeigt. Im Gegensatz zur öffentlichen Propaganda steht z. B. der durch genaue Zitate nachgewiesene Verzicht auf Wiederherstellung der Vorkriegsgrenzen, auf Rückgabe der Kolonien, auf Südtirol und auf Zerreißung des YOUNG-Plans. Kennzeichnend für HITLER ist sein von perversen Gedankengängen zeugendes Urteil: „Die Bewunderung von GANDHI ist in meinen Augen eine rassische Perversität." Kennzeichnend auch HITLERS Zugeständnis, er trete für den Antisemitismus nur ein, „weil das Volk es nicht verstehen würde, wenn ich es nicht täte".

Leider findet ABELS Sachlichkeit dort ihre Grenzen, wo es wichtig wird, die Grundlagen der Hitlerei, also den Nationalismus einer Kritik zu unterziehen. Auf diesen Gedanken kommt ABEL gar nicht, im Gegenteil, als Vertreter des „Jungdo" hat er selber mitgeholfen, den nationalistischen Nährboden des Faschismus zu schaffen, und er beklagt sich ja im Grunde nur darüber, daß HITLER den Nährboden so gut aussog, daß nicht mehr viel übrig blieb. Nicht mit dieser Klage kann man den Faschismus bekämpfen, sondern nur durch den radikalen Verzicht auf die engstirnige Ansicht, es gäbe auf Erden kein höheres Gut als gerade das Wohlergehen des eigenen Vaterlandes.

*

„*Wir gestalten durch unser Führerkorps die Zukunft*", mit diesem Zitat aus dem „Völkischen Beobachter" beginnt eine Broschüre des kürzlich im Reichstag von Nationalsozialisten überfallenen Dr. KLOTZ (Berlin 1932). Die Schrift gibt einen interessanten Aufschluß über die Helden der NSDAP und ihre Heldentaten (Diebstahl, Betrug, Unterschlagung u. s. w.). Nur darf man nicht vergessen, daß eine solche Zusammenstellung nicht die *entscheidende* Waffe im Kampf gegen den Nationalsozialismus ist.

*

„*Dokumente kommunistischer Führerkorruption*" (Leipzig 1932) liefert uns HANS PUETZ, ein ehemaliger Kommunist, der nun die Gelegenheit benutzt, nach gelerntem Schema seine früheren Parteigenossen zu entlarven. Seine Ausführungen über NEUMANN, THAELMANN und andere kommunistische Führer erwecken einen niederschlagenden Eindruck, weil sie, von manchen Einseitigkeiten abgesehen, glaubwürdig wirken. Es ist aber sehr bedenklich, daß PUETZ glaubt, dem Klassenkampf zu dienen, wenn er mitteilt, wieviele Gelder der RFB von Sowjet-Rußland erhalten hat. Gewiß ist es richtig, wenn der SCHERINGER-Kurs der KP gerügt wird. Aber eine Darstellung, die den Eindruck erweckt, als sei die KP überhaupt nichts anderes als eine Organisation von Schuften und Dummköpfen, die sich das Ziel gesetzt haben, den Nazis zu helfen, eine solche Darstellung zeigt nur, wie eine fruchtbare, dem Klassenkampf dienende Kritik nicht vorgenommen werden darf. Dies muß gesagt werden, obwohl auch wir eine Kritik an den oft skandalösen Zuständen in der Kommunistischen Partei und Politik für unerläßlich halten. Wir halten sie gerade darum für so wichtig, weil selbst ehemalige Kommunisten wie PUETZ immer noch in einer Art arbeiten, die die kommunistische Methode allzu deutlich erkennen läßt.

Sozialismus und Nationalfaschismus.

Bg. HENDRIK DE MAN ist durch eine Reihe verbreiteter Schriften zum Führer einer ansehnlichen Gruppe „sozialistischer Intellektueller" geworden. Er hat oft an alten Dogmen Kritik geübt und dann freilich an Stelle dieser Dogmen Lehren gesetzt, die einer wissenschaftlichen Kritik ebenso wenig standhalten und teilweise nicht einmal mit den Grundforderungen des Sozialismus übereinstimmen.

Aus diesen Gründen ging ich mit reichlichem Mißtrauen an die Lektüre der neuen Schrift von DE MAN „Sozialismus und Nationalfaschismus" (Potsdam 1931). In manchen Punkten bin ich angenehm enttäuscht worden. Vor allem die scharfe Stellungnahme gegen den Nationalsozialismus ist erfreulich. „Es scheint mir eines der bedauerlichsten Merkmale in der heutigen Geistesverfassung der Intellektuellen zu sein, daß man gar zu leicht umfällt, wo es gilt, dem Vorwurf der ungenügenden Vaterlandsliebe auszuweichen. . . . Ich finde es zu bequem, und vor allen Dingen unverantwortlich im Hinblick auf die stete Kriegsgefahr, der Offensive des entfesselten Nationalismus mit der lahmen defensiven Haltung entgegenzutreten, die darin besteht, daß man sagt: Wir sind ebenso national gesinnt wir ihr, nur ist unser Nationalgefühl ein besseres und vernünftigeres; wir wollen nur mit geeigneteren Mitteln dasselbe Ziel erreichen wie ihr."

Es ist nicht Zufall, daß wir diese erfreuliche Stellungnahme gerade bei DE MAN finden. Dieser Autor weiß nämlich das, was die mit Recht von ihm kritisierten dogmatischen Marxisten nicht wissen: Daß es für eine erfolgreiche Arbeit darauf ankommt, sich nicht einfach auf die *ökonomischen Interessen* der Menschen zu verlassen, sondern sein Handeln an einem *Ideal* zu orientieren. Leider bringt DE MAN diese richtige Erkenntnis in die unglückliche Form der Behauptung, „daß alle großen Verwirklichungen in der Geschichte . . . ihre letzte Kraft aus Utopien abgeleitet haben". Hieran ist zweierlei unglücklich, einmal daß statt „Ideal" „Utopie" gesetzt wird; dies ist nicht nur eine Mißachtung des Sprachgebrauchs, sondern auch insofern bedenklich, als viele derjenigen, die unter einer Utopie ein Ziel verstehen, dessen *Unerreichbarkeit* sich wissenschaftlich begründen läßt, hier enttäuscht das Buch schließen werden. DE MAN vermeidet den Ausdruck „Ideal", weil er meint, „für Ideale schwärmt man nur". Es ist aber keineswegs ein notwendiges Kennzeichen eines Ideals, nur angeschwärmt zu werden, man kann sehr wohl auch für die *Verwirklichung* der Ideale kämpfen. Der zweite Punkt, an dem DE MANS Formulierung sowohl unglücklich als auch falsch ist, liegt in der Behauptung, das Ideal (die „Utopie") sei als Kraft in der Geschichte wirksam, es sei eine Täuschung, die „Utopie" als Verwirklichung am Endziel zu suchen, während sie in der Wirklichkeit als Motiv am Ausgangspunkt des . . . Handelns stehe.

Hier werden mit Recht die Marxisten eingreifen und sagen, daß in der Gesellschaft nur *Kräfte* wirksam sind, nicht aber *gedachte Ziele*. Das gedachte Ziel selber, also etwas, was bisher nur in der Idee besteht, kann in der Tat keine Triebkraft, kein Motiv für menschliches Handeln darstellen. Richtig wäre es, wenn DE MAN gesagt hätte, daß die *Vorstellung* vom Ideal zur treibenden Kraft wird, insofern, als aus ihr der *Wille zur Verwirklichung* des Ideals entstehen kann.

So hätte DE MAN auch deutlicher gezeigt, worin der Fehler der Marxisten besteht, die aus der richtigen Erkenntnis, daß das Ideal selber keine treibende Kraft sein kann, den Fehlschluß ziehen, daß auch der Wille zur Verwirklichung des Ideals bedeutungslos ist.

Erfolgreicher Widerstand der Arbeiter.

Weitere Teilerfolge im Fleischerei-Streik.

Schlichterverhandlung gescheitert.

Die Berliner Wurst- und Fleischwarenfabrikanten hatten die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches, der einen Lohnabbau von 15 Proz. vorsieht, beantragt. Die Bemühungen des Schlichters, eine Verständigung herbeizuführen, sind infolge des Festhaltens der Unternehmer an ihrer Lohnabbauforderung gescheitert. Die Entscheidung über die Verbindlichkeitserklärung soll in den nächsten Tagen schriftlich erfolgen.

Inzwischen hat etwa die Hälfte der streikenden Arbeiter erreicht, daß der bisherige Lohn weitergezahlt wird. Wo das nicht geschehen ist, wird weitergestreikt. Daß die Hälfte der Unternehmer doch lieber die bisherigen Löhne weiterzahlt als den Streik andauern läßt, zeigt, daß kein Grund vorliegt, den Schiedsspruch für verbindlich zu erklären. Die Verbindlichkeitserklärung würde eine ungeheuerliche Provokation der Arbeiterschaft bedeuten.

Streik der Bau- und Geldschrankschlosser hat begonnen.

Der durch Urabstimmung beschlossene Streik, über dessen Anlaß wir in Nr. 121 des „Funken" berichteten, hat am Freitag früh begonnen.

Der Poststreik in China.

Trotz des Verbotes durch die Regierung hat sich der Streik der Postbeamten in China weiter ausgedehnt. Es streiken u. a. die Beamten der Postanstalten in Nanking, Schanghai, Hankau und Kanton, insgesamt etwa 5000 Beamte. Die chinesische Regierung erklärte, daß sie die Gehaltszahlung an die streikenden Beamten ablehne und ihre Posten durch Freiwillige besetzen werde.

Illegale Demonstrationen am Wedding.

Die Kommunistische Partei hatte zum Donnerstag abend in den Pharussälen eine Diskussionsversammlung mit den Nazis angesetzt, in der der Kommunist WOLLENBERG sprechen sollte über das Thema:

„Die NSDAP, die Kapitalistenpartei, der Todfeind des deutschen Proletariats und der Sowjetunion. — Die Sowjetunion, das Beispiel für die gesamte Arbeiterklasse."

Die Gauleitung der NSDAP hatte das Erscheinen eines Korreferenten zugesagt. Die Versammlung wurde erst kurz vor Beginn verboten, wahrscheinlich, weil die Vorgänge im Preußischen Landtag zu Schlägereien in der Versammlung geführt hätten. Es kam zu großen Massenansammlungen vor dem Versammlungslokal, die die Polizei zerstreute und zu Demonstrationszügen in der Reinickendorfer Straße bis zum Weddingplatz, die die Polizei nicht sogleich verhindern konnte. Längere Zeit herrschte große Spannung in den Straßen des Weddings. Die Polizei ging scharf mit dem Gummiknüppel vor.

Schon am Abend vorher marschierte ein Demonstrationszug von etwa 100 Teilnehmern durch die Max-Scherer- und Reinickendorfer Straße bis zur Weddingstraße, wo er sich auflöste.

Wie für die Heimwehr geworben wird!

r Wien, 25. Mai.

Die Pressestelle der Bundesleitung des österreichischen Heimatschutzes teilt mit, daß eine Abordnung der steirischen Kohlenarbeiter, geführt von dem Bundesführer des Heimatschutzes, Fürsten STARHEMBERG, und dem Abgeordneten des Heimatblockes im Nationalrat beim Handelsminister vorsprach, um ihm die trostlose Lage der steierischen Bergarbeiter zu schildern. Eine gemeinschaftliche Aussprache beim Bundeskanzler, zu der auch der Generaldirektor der Alpinen Montangesellschaft APOLD gebeten wurde, brachte folgendes Ergebnis:

Die in der Alpinen Montangesellschaft bereits ausgesprochenen Kündigungen und Lohnherabsetzungen werden zurückgezogen, während die Regierung die Zusage gibt, die Kohlenfrage einer eingehenden Ueberprüfung und baldigen Lösung zuzuführen. Darüber hinaus hat der Generaldirektor der Alpinen Montangesellschaft die für Anfang Juni in Aussicht genommenen Lohnkürzungen auf Mitte Juni verschoben.

70 Todesurteile und 22 Verbannungen.

Der Straffeldzug englischer Truppen gegen die Aufständischen in Burma ist vorläufig abgeschlossen worden mit einer europäischer Kolonialmethoden würdigen Aktion: Es wurden 70 Aufständische zum Tode und 22 zu lebenslänglicher Verbannung verurteilt.

v Bukarest, 26. Mai.

In Constanza hat die Besatzung des unter englischer Flagge fahrenden Tankschiffes „Saxonia" gemeutert. Sie bedrohte den Kommandanten und die Offiziere mit Messern und flüchtete in die Stadt, wo die Meuterer später verhaftet wurden. Sie beklagten sich über schlechte Behandlung und mangelnde Verpflegung, wurden jedoch von der Polizei gewaltsam auf das Schiff zurückgetrieben.

h Kattowitz, 26. Mai.

Vor dem Gemeindeamt in Lipine sammelten sich etwa 300 Arbeitslose, darunter viele Frauen, und verlangten die Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung. Als den Arbeitslosen erklärt wurde, daß die Auszahlung der Unterstützung infolge Geldmangels einstweilen nicht erfolgen könnte, stürmten die Frauen auf den Markt und plünderten die Bäckerstände, worauf sie flüchten konnten.

Der Streit der Konfessionen.

In Bombay kam es zu neuen Unruhen, als Hinduarbeiter auf dem Wege zur Fabrik von Mohammedanern mit Messern überfallen wurden. Drei Hindus wurden getötet und zehn schwer verwundet.

Die deutschnationale Reichstagsfraktion hat an den Reichspräsidenten telegraphiert, er möge [illegible] Artikel 24 der Reichsverfassung zustehende Befugnis zur selbständigen Einberufung des Reichstages ausüben, damit im Reichstag über die von der Reichsregierung geplanten Maßnahmen beraten werden könne.

HUGENBERG hat den deutschnationalen Landesvorsitzenden in Mecklenburg-Schwerin und Oldenburg mitgeteilt, daß er infolge einer starken Bronchienerkrankung nicht in der Lage sei, persönlich an den dortigen Wahlkämpfen teilzunehmen. Er weist darauf hin, daß neben den Nationalsozialisten unbedingt eine starke Deutschnationale Partei nötig sei, da die NS allein die Lage nicht ändern könnten.

HITLER wird auf diese Einschätzung wohl ziemlich sauer reagieren. Zunächst hat er in Oldenburg eine Erklärung der Worte Sozialismus und Nationalsozialismus gegeben: reiner Nationalsozialismus könne nichts anderes sein als veredelter Sozialismus und Sozialismus nichts anderes als guter Nationalsozialismus. Beiden schwebe die Hingabe an das ganze Volk vor. Man sieht wieder, was allerdins nichts Neues ist, daß er von Sozialismus keine Ahnung hat, sondern dies Wort lediglich aus Konjunkturerwägungen in seine Phraseologie eingereiht hat.

Für die Marinewerft in Bremen verfügte der Schlichter für Nordwest, VÖLCKERS aus Bremen, eine Lohnkürzung für gelernte Werftarbeiter von bisher 73 bis 76 Pfennigen auf 69 bis 75 Pfennige. Erklärungsfrist für die Parteien: 1. Juni.

Eine verdiente Ehrung.

m London, 26. Mai.

Die Goldene Medaille der englischen Fakultät der Schönen Künste ist dem deutschen Film „Kameradschaft" als den „bemerkenswertesten Film des Jahres 1931" zugesprochen worden.

Es wäre vor allem richtig, daß auch deutsche und französische Preisverteilungsstellen um eine Auszeichnung dieses großartigen Films sich bemühten — der gerade eine deutsch-französische Verständigung propagiert.

Rundfunksendungen,

die wir zur Beachtung empfehlen.

Freitag, den 27. Mai.

Königswusterhausen:
16.00 Dr. A. LITTMANN: Die pädagogische Bedeutung der Arbeitslager-Bewegung.
18.30 Dr. POSSE: Handelspolitik in der Schwebe.
19.35 Min.-Rat JOACHIM: Aus der Praxis des Arbeitsrechts.

Langenberg:
19.30 Prof. RICHTER: Das Gold und die Union von Südafrika.

Leipzig:
17.30 Dipl.-Ing. W. WOENER: Der Krieg der Zukunft. (Vergl. dazu: „Der chemische Krieg" in Nr. 115 vom 19. 5. des „Funken".)

München:
18.25 Dr. ANTON VON RINSUN: Die Trockenlegung der Zuidersee.
19.05 FR. AUG. KRUSE: Selbsterlebtes von den Gefahren des Bergbaues.

Moskau (Wellenlänge 1304 und 1481 m):
20.00 Die Bolschewiki und der imperialistische Krieg.

Sonnabend, den 28. Mai.

Berlin:
22.00 Der apostolische Nuntius ORSENIGO und Reichskanzler BRÜNING sprechen auf dem Jahresbankett des Vereins der ausländischen Presse.

Hamburg:
18.30 EMIL HELFFERICH: Die Katastrophe der Kautschuk-[illegible]

Langenberg:
18.15 Ob.-Steuer-Sekr. KÜPPERS: Die Rechtsprechung des Reichsfinanzhofes in Lohnsteuer-Fragen.
18.40 H. G. PAULS: Der Kraftwagen-Markt in der Krise.

Leipzig:
15.20 Prof. K. THALHEIM: Blick in Zeitschriften. Schicksal der Wirtschaft. (Vergl. dazu: „Schuld oder Schicksal" in Nr. 47 vom 25. 2.)

Moskau (Wellenlänge 1304 und 1481 m):
20.00 Ansprache der Mai-Delegierten über ihre Eindrücke in der Sowjet-Union.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: R. Lippmann, Berlin. Verl.: Internation. Verlagsanstalt GmbH, Berlin S 14, Inselstr. 8a. Tel.: F 7 Jannowitz 5909. Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerei u. Verlag GmbH, Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.

iSK

7. JAHRGANG 5. HEFT MAI 1932

INHALT:

FRITZ GROB:
Genossen, besinnt Euch!
*
Zahlen des Niedergangs:
Im Schatten von Artikel 48.
Klassenjustiz.
Das Elend der Erwerbslosen.
Paragraph 218.
Arbeitsnot und Selbstmorde.
Der kulturelle Abstieg.
*

HELLMUT RAUSCHENPLAT:
Der Ausweg aus der Wirtschaftskrise
*

Zum Nachdenken:
Welche Religionsgesellschaften sind in Preußen Körperschaften öffentlichen Rechts? — Bibel-Umsatz. — Nutznießer der Krise.

Zeitschrift des Internationalen Sozialistischen Kampf-Bundes Preis monatl. 20 Pf. Probenummern kostenlos. Deutsche Ausgabe
Internationale Verlagsanstalt G.m.b.H., Berlin S 14, Inselstr. 8a

MAGDEBURG
Auch im Sommer
sind getrocknete Bananen ein ideales Nahrungsmittel, wohlschmeckend und nahrhaft.
Post-Päckchen 4 Pfund brutto nur 3,— M, frei Haus.
Vorauszahlung auf Postscheck-Konto Magdeburg 179 24 erbeten.
Frischkost-Reformhaus
Magdeburg, O.-v.-Guericke-Str. 104

Erstklassige Maßarbeit
Herren-Anzüge Mäntel • Damen-Mäntel Kostüme
!!! Tadelloser Sitz !!!
Schönheit
Magdeburg, Otto v. Guerickestraße 104, H. r. l.
Stoffmuster vorrätig.

BUROBEDARFSARTIKEL
Reparaturen und Reinigung von Schreibmaschinen
A. H. TIMMERMANN
Hamburg, Barcastraße 8.
Telephon: 25 53 42

Robert Peppmüller
Göttingen
Buchhandlung und Antiquariat für moderne Literatur
Kataloge und Auskunft gratis!

Freunde und Leser des „Funken"!
Unterstützt Eure Zeitung!
Werbt Abonnenten!
Sammelt Anzeigen!
Bevorzugt bei Einkäufen unsere Inserenten!

Zeitschriften, Broschüren, Flugschriften, Plakate
stellt schnell, sauber und billig her
Oscar Wettig
Gelnhausen

Indien in der Zange
Die wirtschaftliche Not eines großen Volkes
Von KARL HINKEL
Mit einer Karte und 9 Bildern. 156 Seiten.
Broschiert 3 Mark. In Ganzleinen 4 Mark.

„. . . In diesem Buche, das von hohem sittlichen Ernst für die Lage des Volkes getragen ist, wird über Tatsachen berichtet, die dem Europäer meist unbekannt sind . . . An Hand eines wissenschaftlichen Leitfadens werden die Mittel zur Beseitigung der wirtschaftlichen Ausbeutung in Indien und deren Aussicht auf Verwirklichung erörtert."
„Gewerkschaft", Nr. 22 vom 28. Mai 1932.

Verlag „Öffentliches Leben", Berlin S 14, Inselstr. 8a.
Postscheckkonto: Berlin 81 342.

Streiks in Frankreich.

G. K. Paris, Mitte Mai 1932.

Man ist leicht geneigt anzunehmen, daß die französische Arbeiterschaft, dank des Umstandes, daß sie wenig organisiert ist, besondere Schwierigkeiten bei der Durchführung von Streiks haben muß. Das ist zum Teil auch richtig. Sowohl im Kohlenbergbau als auch in der Bauindustrie hat sich das bemerkbar gemacht. Einer der Gründe dafür, daß im Kohlenbergbau trotz der erheblichen Lohnsenkung zu Beginn dieses Jahres ein Streik nicht zustandekam, ist die schlechte Organisierung der Bergarbeiter. Im Baugewerbe in Paris sind, gemäß den Angaben, die gerade jetzt auf dem Kongreß der Bauarbeitergewerkschaften Frankreichs gemacht worden sind, in der C. G. T. (etwa dem ADGB entsprechend) nur 20 000 von etwa 250 000 Arbeitern organisiert. Die Unternehmer haben daher mit Hilfe eines Systems des Stücklohns und der Einschiebung von „Zwischenunternehmern" zwischen die großen Firmen und die Arbeiter die Löhne erheblich senken können, ohne daß es zu Streiks in großem Umfange gekommen ist. Diese „Zwischenunternehmer" sind Meister, die für einen angesetzten Preis auf ihre Rechnung einen bestimmten Teil der Arbeit übernehmen und nun ihrerseits Arbeiter einstellen.

Wenn man den Gründen nachgeht, weshalb die französischen Arbeiter so schlecht organisiert sind und insbesondere weniger als vor dem Weltkriege, so stößt man immer wieder auf die Wirkungen der Gewerkschaftsspaltung. Mit dem Zerbrechen der alten Gewerkschaftsbewegung in einen Amsterdamer und einen Moskauer Flügel haben viele Arbeiter ihre Zugehörigkeit zu einer Gewerkschaft überhaupt aufgegeben. Andere haben sich wegen der verkehrten Streiktaktik der kommunistischen Gewerkschaften ganz von der Arbeit in den Gewerkschaften zurückgezogen. Die Bedeutung der Spaltung läßt sich ermessen, wenn man erfährt, daß es die RGO auf 250 000 Mitglieder gebracht hat gegen 750 000 Organisierte der C. G. T. In den vergangenen Wochen sind, wie wir berichtet haben, verschiedene Gruppen der RGO zurückgekehrt. Solche Einigungen haben stets zu einer erheblichen Belebung der Gewerkschaftstätigkeit geführt.

Für die verkehrte Streiktaktik der Kommunisten finden sich jedes Jahr neue Beispiele: In diesem Jahre in der Textilindustrie in Sedan und in Vienne. In beiden Fällen wurden Streiks unter Bedingungen unternommen, die ein Gelingen von vornherein sehr unwahrscheinlich machten.

Insbesondere die Ereignisse in Vienne geben sehr zu denken. Die Textilindustrie befindet sich hier in einem kläglichen Zustande. Ihre Spezialitäten finden seit einer Reihe von Jahren keinen guten Markt mehr, zum Teil wegen Umstellung der Mode. Die Unternehmer haben die sehr hohen Gewinne, die sie während des Weltkrieges erzielt haben, nicht zur Wiederinstandsetzung und Umstellung ihrer Betriebe oder Verbesserung ihrer Produktionsmethoden gebraucht. So hängen ihre paar armseligen Fabriken trostlos am Uferrande der Gère, einem Nebenfluß der Rhône, mit halbdunklen, schlechtgelüfteten Arbeitsräumen, zerschlagenen und notdürftig verklebten Fensterscheiben, mit schlecht funktionierenden Dampfmaschinen aus dem vorigen Jahrhundert und veralteten Arbeitsmaschinen. Seit langem herrscht Kurzarbeit vor: die Arbeiter und Arbeiterinnen verdienen im Höchstfalle 500 Francs (85 M) im Monat, stellenweise nur die Hälfte.

Die Unternehmer hatten im Februar eine etwa zehnprozentige Lohnkürzung angekündigt, von der 8000 Arbeiter betroffen wurden. Die kommunistische Gewerkschaft, die vielleicht 100 Mitglieder hatte, gewann daraufhin die Mehrheit der Arbeiter für einen Streik, der bis Ende April dauerte. Der der C. G. T. angehörende Verband schloß sich dem Streik an, wurde aber von den Kommunisten auf das heftigste angegriffen. Die sozialistische Stadtverwaltung schuf eine große Zahl von Erleichterungen für die Streikenden, die ihr aber nur Schmähungen von Seiten der Kommunisten einbrachten. Aber eben wegen jener Erleichterungen geriet die Stadtverwaltung mit dem Präfekten des Departements und darauf mit der Polizei in Konflikt. Der Präfekt ließ schließlich die Stadtbehörde absetzen und die Ortspolizei durch die „Garde mobile" ablösen, jene Berufstruppe, die vor einigen Jahren überall in Frankreich zu dem besonderen Zwecke geschaffen worden ist, bei Arbeiterunruhen einzugreifen.

Jetzt wurden die Vorgänge in Vienne für einen Augenblick zum Brennpunkt des Klassenkampfes in Frankreich. Der kommunistische Gewerkschaftsverband sandte seine Hauptführer als Agitatoren dorthin, die gleichzeitig gegen die Garde Mobile, die C. G. T. und die sozialistische Stadtverwaltung hetzten. Nach Angaben von Mitgliedern der Garde Mobile hatten die Truppen Befehl, diese kommunistischen Agitatoren nicht zu verhaften. Dagegen verhaftete man eine Reihe von jungen Burschen, die unter dem Einfluß jener Agitation die Garde Mobile von den Dächern mit Steinen bewarfen und auch sonst ihr Bestes taten, eine Reihe von blutigen Schießereien heraufzubeschwören. Die Verhafteten wurden, wie zu erwarten war, zu schweren Kerkerstrafen verurteilt. Selbstverständlich schufen diese Ereignisse unter den Streikenden teils Unzufriedenheit mit der Streikleitung, teils Verzweiflung über die Hoffnungslosigkeit eines Kampfes, der mit solchen Führern unternommen wurde. In dem Augenblick, wo die Kommunisten erkannten, daß ihnen der Streik aus den Händen glitt, gaben sie Befehl, in die Betriebe zurückzukehren, mit der Erklärung, daß die Reformisten den Streik sabotiert hätten. Am 21. April war so der Streik verloren. Am Tage darauf ließ sich der kommunistische Streikführer als Kandidat für die Kammerwahlen aufstellen, die am 1. und 8. Mai stattfanden. Er darf sich nicht wundern, daß ihm vorgeworfen wurde, er habe das Streikmanöver nur zum Zwecke der Wahlpropaganda unternommen.

Dies nur als ein Beispiel dafür, wie verhängnisvoll für die Arbeiter die Vermischung von Streiks mit *Parteipolitik* werden kann.

Glücklicher Weise gilt nicht das gleiche von dem zweiten Streik, der schon seit Februar andauert und dank der Beharrlichkeit der Streikenden und der Solidarität der Kollegen der C. G. T. noch Aussicht auf Erfolg hat: Der Streik der Schuharbeiter in Fougères. Auch hier handelt es sich um Abwehr einer Lohnkürzung, auch hier sind etwa 8000 Arbeiter betroffen. Die freie Gewerkschaft, die hier etwas stärker ist, nahm die Streikleitung von vornherein in die Hand. Es ist ihr gelungen, im großen und ganzen das Vertrauen der Streikenden zu gewinnen und zu halten. Aber die Unternehmer sind zäh: Sie halten lieber ihre Betriebe geschlossen, als daß sie auf die Lohnkürzung verzichten oder auch nur einen Kompromiß annehmen. Zum Teil ist es ihnen auch gelungen, andere Arbeitskräfte zu gewinnen. Einstweilen halten sich die Streikenden noch mit Hilfe der Unterstützungen ihrer Kollegen in anderen Gewerkschaften über Wasser. Ihre Zahl nimmt nur langsam ab. Zu fürchten ist nicht so sehr, daß sie klein beigeben werden, sondern daß sie nach und nach durch Heranziehung anderer Arbeiter in den Betrieben überflüssig gemacht werden, was in Frankreich nicht selten geschieht. In diesem Falle, der besonders leicht wegen der außerordentlichen örtlichen Beschränkung der Aktion eintritt, würde der Streik nach und nach in Vergessenheit geraten, ohne aufzuhören, ähnlich wie der Streik der Holzarbeiter in Mülhausen oder der der Landarbeiter in Coursan im Departement Aube, die schon seit mehr als einem Jahre streiken und an die man nur noch sehr selten durch gelegentlich in Gewerkschaftsversammlungen herumgereichte Listen für freiwillige Beiträge erinnert wird. Das traurigste Schicksal einer mit Begeisterung begonnenen Arbeiterbewegung!

Elternbeiratswahlen, eine Einheitsfrontaufgabe.

In der Zeit vom 6.—26. Juni finden in den preußischen Regierungsbezirken die Wahlen für den Elternbeirat statt. Hier ist wieder eine Gelegenheit, bei der die Arbeiterschaft über die trennenden Parteischranken hinweg für das Wohl einer freiheitlichen Schule eintreten können. Noch ist in vielen Gegenden die Aufstellung der Listen nicht erfolgt. Noch ringen in ihnen Vertreter der Einheitsfront um gemeinsame Listen im Kampf gegen die „christlich-unpolitischen" Listen. Sollten wir Sozialisten nicht endlich aus dem geschlossenen Vorgehen der „Christlich-Unpolitischen" lernen? Wir wissen doch, daß dieser Name eine Verschleierung einer höchst politischen Front bedeutet, deren Vormarsch gemeinsam mit der politischen Reaktion uns durch die Aufhebung der weltlichen Schulen in Braunschweig, durch das Verbot der kommunistischen Freidenkerverbände, durch das Verlangen nach Einsichtnahme in den evangelischen Religionsunterricht gerade in den vergangenen Wochen erschreckend deutlich geworden ist.

Wem diese Hinweise noch nicht genügen, dem seien die folgenden Tatsachen über die „Christlich-Unpolitischen" mitgeteilt: Ihre Elternbünde stehen unter der Leitung von Pastoren und Kirchenbeamten, die auf Anweisung ihrer Kirchenbehörden arbeiten. Ein großer Teil der Rektoren und christlich-deutschnationalen, jetzt auch nationalsozialistischen, Lehrer- und Lehrerinnengruppen arbeiten mit ihnen Hand in Hand. Als Beleg dafür, wie die Kirche arbeitet, teilen wir eine amtliche Mitteilung des Evangelischen Konsistoriums der Mark Brandenburg, von April 1924, mit:

„Wir veranlassen hiermit die Herren Pfarrer und Gemeindekirchenräte, sich mit dem Inhalt der genannten Verfügungen von neuem vertraut zu machen und den darin gegebenen Weisungen mit Umsicht nachzukommen. Die Herren Superintendenten ersuchen wir, auch die an sie gerichtete besonders wichtige Rundverfügung vom 22. Februar 1923 — K. I. 878 — zu vergleichen und danach zu prüfen, welche Maßnahmen in dieser Sache für die Gemeinden ihrer Diözese noch insonderheit zu treffen, und wie die beteiligten Pfarrer insgesamt oder einzeln näher zu beraten sind. Es muß erstrebt werden, daß für alle Schulen Elternbeiräte gebildet werden, und zwar möglichst nur aus solchen Personen, die entschieden für die Erhaltung der evangelischen Schule eintreten. Die Schwierigkeiten, die — wie uns wohl bekannt ist — in einer Reihe von Ortschaften noch bestehen, müssen überwunden werden. Unter Hinweis auf § 16 Absatz 1 der K.-G. und S.-O. verpflichten wir die Pfarrer und Gemeindekirchenräte, zur Erreichung dieses Zieles alles zu tun, was in ihren Kräften steht. Pfarrer, die dieser Pflicht offensichtlich nicht genügen und dadurch das Nichtzustandekommen einer Elternbeiratswahl oder einen ungünstigen Ausfall der Wahlen mitverschuldet haben, wollen die Herren Superintendenten uns namhaft machen. Ueber das Ergebnis der Wahl ist dem Herrn Superintendenten Bericht zu erstatten. Einen übersichtlichen Bericht der Herren Superintendenten erwarten wir bis zum 1. Juli d. J. Auf die Bedeutung der evangelischen Elternbünde weisen wir auch in diesem Zusammenhang hin."

Noch ein Beleg für die Stellung der Nationalsozialisten zu den christlichen Elternbeiräten bei den Elternbeiratswahlen 1931 in Sachsen. Dort trat der „Freiheitskampf" mit folgendem Aufruf an die Oeffentlichkeit:

„Eltern! Wenn Euch das Wohl Eurer Kinder am Herzen liegt, wenn ihr nicht wollt, daß man ihre empfänglichen Seelen täglich und zielstrebig mit dem Gedanken des Klassenkampfes durchsetzt, wenn ihr es ablehnt, sie dem Kulturbolschewismus preiszugeben, wenn ihr dagegen seid, daß man ihnen Religion und Glaube und Ideal, Familiensinn und nationale Gesinnung aus dem Herzen reißt, dann geht morgen zur Elternbeiratswahl und wählt als deutsche Eltern die christliche Liste!"

Außerdem dankte der Vorsitzende der kirchlichen Elternvereine nach erfolgreicher Wahl allen, die die Arbeit der christlichen Eltern unterstützt haben, und wies hierbei besonders auf die Verdienste der Nationalsozialisten hin.

Ist das nicht Grund genug, Eltern, hier den Parteihader zu begraben und dafür zu sorgen, daß an Euren Schulen fortschrittliche sozialistische Einheitslisten für die Wahlen zu den Elternbeiräten aufgestellt werden?

Erna Blencke.

Die britische Arbeiterpartei steht treu zum König!

Jedes neue Mitglied des englischen Unterhauses muß bei seiner Einführung ins Parlament folgenden Eid leisten: „Ich schwöre, daß ich Seiner Majestät, dem König Georg, seinen Erben und gesetzmäßigen Nachfolgern, in Treue ergeben sein werde." Statt der Worte „Ich schwöre" darf es auch heißen: „Ich erkläre und bestätige feierlich." Für einen Sozialisten ergibt sich daraus eine schwierige Lage; er muß wählen zwischen einem Meineid und dem Verzicht auf einen Sitz im Parlament, der mindestens einen propagandistischen Wert besitzt.

Deswegen brachte Ende April dieses Jahres ein Mitglied der Unabhängigen Arbeiterpartei, Mc. Govern, einen Verbesserungsantrag zu dem Gesetz ein, das diesen Eid vorschreibt. Er wies darauf hin, daß bereits Aenderungen in der Formulierung vorgenommen worden seien, so daß Juden, Katholiken, Quäker und Freidenker dabei ihrer Ueberzeugung gemäß verfahren können. Warum sollten also Sozialisten gezwungen werden, einen Eid zu leisten, der gegen ihre Ueberzeugung verstößt?

Es ist Sitte im englischen Unterhaus, daß Anträge von einzelnen Mitgliedern zur ersten Lesung ohne weiteres zugelassen werden. Aber dieser Antrag kam nicht einmal zur ersten Lesung. Ein konservativer Abgeordneter, der dagegen sprach, sagte: „Es würde eine Schande sein, wenn die Welt erführe, daß das Unterhaus solch einen Antrag überhaupt der Diskussion für wert hält!"

Trotzdem war die Einbringung dieses Antrages nicht ganz ohne Nutzen; denn es zeigte sich bei der Abstimmung über seine Zulassung, daß nur die fünf Mitglieder der Unabhängigen Arbeiterpartei und ein Mitglied der Arbeiterpartei, Bevin, dafür waren, während die anderen anwesenden 22 Mitglieder der Arbeiterpartei dagegen stimmten.

Deutschen Genossen mag es vielleicht unglaublich erscheinen, daß die Arbeiterpartei wünscht, dem König von England ihre Ergebenheit zu erklären. Aber das ist gar nichts Neues; die Arbeiterpartei hat noch niemals etwas gegen die Existenz eines Königs in Großbritannien gehabt! So konnte denn auch der konservative Redner sagen: „Der Eid ist von Generationen von Sozialisten geleistet worden, und was für Mr. Keir Hardie gut genug war, sollte auch für Mc. Govern gut genug sein!" Diese Haltung der Arbeiterpartei ist offiziell gerechtfertigt worden durch die Feststellung, daß der König „den Fortschritt des Landes nicht hindert und weniger kostet als ein Präsident, wenn man die Kosten der Wahl rechnet".

Zweifellos ist der König heute für die englische Politik unbedeutend, obwohl kein Antrag Gesetz werden kann, der nicht vom König unterzeichnet worden ist. Er handelt heute stets nach dem Rat seiner Minister und widersetzt sich nie den vom Parlament angenommenen Gesetzen. Aber trotzdem ist immer noch der Eid auf den König und dessen Vetorecht bei Gesetzen kein unwichtiger Bestandteil des englischen kapitalistischen Staates. „Der Eid ist ein Symbol, das wir alle schätzen, weil es zum Ausdruck bringt, daß dann, wenn es darauf ankommt, wir alle miteinander verbunden sind, in gleicher Treue und durch einen gemeinsamen Zweck", sagte das konservative Mitglied bei Verteidigung des Eides. So war es allerdings 1914 bis 1918, als die Arbeiter für „ihren König und ihr Vaterland" kämpften! Genau wie damals wird noch heute der König oder seine Familie als Symbol nationaler Einigkeit benutzt, und immer wenn die kapitalistische Klasse wünscht, daß die Klassengegensätze vergessen werden, so appelliert sie an die Treue der Arbeiter zu ihrem König — leider meist mit Erfolg! Um in England Gegner der Monarchie zu sein, muß man frei sein von englischem Nationalismus. Es ist daher nicht verwunderlich, daß die Arbeiterpartei, deren Führer und meisten Mitglieder von dem gleichen nationalen Dünkel erfüllt sind wie das englische Bürgertum, treu zum König steht.

Der König von England hat noch eine weitere besondere Bedeutung, die ebenfalls von den reformistischen Führern der Arbeiterpartei gar nicht in Betracht gezogen wird. Darüber hat Trotzky in seinem Buch „Wohin treibt England?" sehr treffend geurteilt:

„Die königliche Macht ist schwach, solange das bürgerliche Parlament das Instrument der bürgerlichen Herrschaft ist und solange die Bourgeoisie zu außerparlamentarischen Kampfmitteln nicht zu greifen braucht. Aber im Falle der Not wird die Bourgeoisie mit großem Erfolg die königliche Macht als Sammelpunkt aller außerparlamentarischen, d. h. realen Kräfte, ausnützen können, die sich gegen die Arbeiterklasse richten. Die englische Bourgeoisie hat sehr gut in solchen Fällen die Gefahr einer rein fiktiven Monarchie verstanden. So hat 1837 die englische Regierung in Indien den Titel des ‚Großen Mogul' abgeschafft und seinen Träger aus der heiligen Stadt Delhi entfernt, obwohl dieser Titel zu jener Zeit schon gar nichts mehr bedeutete: die englische Bourgeoisie begriff, daß unter den gegebenen Voraussetzungen die indischen Spitzen sich um den ‚Groß-Mogul' gegen die englische Herrschaft scharen konnten."

Allan Flanders.

Was hat Gott mit Kränzen zu tun?

Zu der unter dieser Ueberschrift in unserer gestrigen Nummer gebrachten Notiz erfahren wir, daß in der betreffenden Meldung ein Druckfehler unterlaufen war. In der von der Staatsanwaltschaft beanstandeten Inschrift war von Kreuzen die Rede (nicht von Kränzen).

Schwenkung der russischen Agrarpolitik.

Kollektivisten sagen: Ein Rückschritt. — Wir sagen: Ein Fortschritt.

Enttäuschte Hoffnungen.

Im Zusammenhang mit der zwangsweisen Bauern-Kollektivierung im Jahre 1930 ist, wie allgemein zugegeben wird, viel Vieh geschlachtet worden. Die Bauern haben es vorgezogen, das Vieh selber zu essen, statt es in das Kollektiv, den Kolchos, einzubringen. Die

Versuche, auf großen Staatsfarmen den Viehbestand rasch wieder in die Höhe zu bringen, sind gescheitert.

Nach dem Plan sollten Ende 1931 auf den Staatsfarmen 2,8 Millionen Stück Rindvieh sein; es waren nur vorhanden: 2,1 Millionen. Es sollten 1,9 Millionen Schweine vorhanden sein; es waren vorhanden: 1 Million Schweine. Auch die Gerichtsverfahren gegen die Leiter der staatlichen Viehzuchtfarmen können an diesem Ergebnis nichts ändern.

*

Die mit Wintergetreide bestellten Flächen sollten nach dem Plan 42 Millionen Hektar ausmachen. Tatsächlich wurden im Herbst 1931 nur 37 Millionen Hektar mit Wintergetreide bestellt gegenüber 40 Millionen Hektar im Herbst 1930.

Bis zum 25. April waren von den zur Frühjahrsbestellung vorgesehenen 102 Millionen Hektar nur 10 Millionen Hektar bestellt. Das war zwar mehr als zur selben Zeit im Vorjahr, aber doch ein Warnungssignal. Denn das Wetter war günstiger als im Vorjahr und hätte der Bestellung gegenüber 1931 einen Vorsprung von 14 Tagen verschaffen müssen. Außerdem hatten die Traktoren-Stationen 50 000 Traktoren gegenüber 30 000 im Vorjahr; die Traktoren waren zwar nicht vollständig durchrepariert, doch war ihre Leistungsfähigkeit insgesamt größer als im Vorjahr. Auch aus diesem Umstand haben viele — unter anderem der als zuverlässig geltende Berichterstatter der „New York Times" — geschlossen, daß die Frühjahrsbestellung in diesem Jahr besser von statten gehen werde als im Vorjahr.

Diese Hoffnungen haben sich nicht erfüllt. Am 5. Mai waren insgesamt 21,1 Millionen Hektar bestellt gegenüber 24,6 Millionen Hektar im Vorjahr. Nach der neuesten Nachricht, die uns vorliegt, ist der Rückstand inzwischen sogar noch gewachsen.

Am 10. Mai waren nur 31,7 Millionen Hektar bestellt, 4,1 Millionen Hektar weniger als im Vorjahr.

Die Maschinen- und Traktoren-Stationen haben den Plan am 5. Mai nur zu 29,9 Prozent erfüllt (im Vorjahr zur gleichen Zeit zu 44 Prozent), am 10. Mai zu 41,5 Prozent (die Vergleichsziffer für 1931 fehlt uns).

In der Ukraine waren am 5. Mai nur 2 Millionen Hektar mit Weizen bebaut gegenüber 4 Millionen Hektar zur selben Zeit im Vorjahr. Am 10. Mai waren 3,7 Millionen Hektar weniger bestellt als zur selben Zeit im Vorjahr.

*

79 Prozent der bäuerlichen Fläche sind kollektiviert. Wo sind die Erfolge? Warum führt die Vermehrung der Traktoren auf 150 000 mit insgesamt 2,2 Millionen PS zu keiner Beschleunigung der Frühjahrsbestellung? Warum herrscht Mangel an Saatgetreide? Warum Mangel an Vieh?

Zum zweiten Mal: Neue ökonomische Politik.

Eine offene Antwort auf unsere Fragen geben die russischen Staatsmänner nicht. Das ist auch nicht zu erwarten. Aus ihren Verordnungen läßt sich aber doch ziemlich eindeutig herauslesen, was in der Sowjet-Union vor sich geht, *warum* die Versorgung der Sowjet-Union mit Lebensmitteln keine Fortschritte macht.

Die Lage hat, wie wir sehen werden, viel Aehnlichkeit mit der von 1921. Damals hielt Lenin zum Abschluß der Periode des Kriegskommunismus eine Rede über die Naturalsteuer, und der freie Markt wurde sofortgehend wieder hergestellt. Auch heute handelt es sich um Maßnahmen zur Wiederherstellung des freien Marktes, wenigstens für einen Teil der landwirtschaftlichen Produkte, und um Maßnahmen der Steuerpolitik. Wir wollen sie der Reihe nach betrachten.

Jedem Bauern seine Kuh.

Ein Beschluß des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei vom 26. März besagt:

„Die Aufgabe der Partei besteht darin, daß jeder Kollektivwirtschafter seine Kuh, sein Kleinvieh und Geflügel haben soll. . . . Jegliche Versuche der zwangsweisen Vergesellschaftung der Kühe und des Kleinviehs der Kollektivwirtschafter sind einzustellen; wer diese Weisungen des ZK übertritt, ist aus der Partei auszuschließen, und die Kollektivwirtschafter, die keine Kuh beziehungsweise kein Kleinvieh besitzen, sind beim Ankauf und bei der Aufzucht von Jungvieh für den eigenen Bedarf zu unterstützen, wie ihnen auch jeder Beistand in diesem Sinne geleistet werden soll."

Die „Prawda" schreibt dazu am 28. März, das ZK habe wiederholt darauf aufmerksam gemacht, es sei absolut unstatthaft, daß der Leninsche Grundsatz der Freiwilligkeit im Aufbau der Kollektivwirtschaft verletzt werde.

Wer glaubt eigentlich, daß *ohne* Verletzung dieses Grundsatzes über 60 Prozent der Bauern sich den Kollektivwirtschaften angeschlossen hätten?

Nachdem der Viehbestand des Landes infolge der Kollektivierung zurückgegangen ist, soll den Bauern eine Hilfe gegeben werden, sich neuerdings Vieh zu beschaffen.

Die Bauern fragen sich natürlich: Für wen ziehen wir das Vieh auf? Etwa dazu, daß es uns zu niedrigem Preis zwangsweise abgekauft wird? Die Regierung mußte also mit der Lockerung des Kollektivismus noch über den Beschluß vom 26. März hinausgehen, wenn sie das private Gewinnstreben wieder einschalten und der Viehzucht dadurch einen Antrieb geben wollte. Sie hat diesen Schritt tatsächlich getan. Durch einen Beschluß des ZK, der am 10. Mai veröffentlicht wurde, ist der

Viehaufbringungsplan der Kollektivwirtschaften, Kollektivbauern und Einzelbauern-Wirtschaften auf die Hälfte verringert worden.

„Jegliche Beschränkungen des Viehschlachtens für den Eigenbedarf der Landbevölkerung wie auch zu Verkaufszwecken werden aufgehoben. Den Kollektivwirtschaftern und Einzelbauern wird, soweit sie den zentralisierten Viehaufbringungsplan erfüllt haben, vollste Möglichkeit geboten, Groß- sowie Kleinvieh auf dem Markt, sowie in den Läden der Kollektivwirtschaften unbehindert zu verkaufen. Den örtlichen Organen ist die Einführung irgend welcher Beschränkungen des Verkaufs und der Fleischproduktion untersagt."

Am 25. Mai wurde in Leningrad der erste Markt eröffnet, auf dem die Bauern Lebensmittel verkauften.

Wieder Marktverkehr für Getreide.

Eine ähnliche Lockerung hat die Getreidebewirtschaftung erfahren. Durch eine Verfügung vom 8. Mai wird unter Hinweis auf den „Sieg des Systems der Kollektivwirtschaften und Sowjetgüter" eine

Herabsetzung des Plans der Getreidebeschaffung für Kollektiv- und Einzelwirtschaften gegenüber dem Vorjahr um 240 Millionen Pud Getreide

verfügt. (Im Vorjahr, einem Dürrejahr, waren 1200 Millionen Pud Getreide aufgebracht worden.)

Nach Erfüllung des Aufbringungsplans und Bildung von Saatgutfonds dürfen die Kolchosen und Kolchos-Mitglieder ihren Getreideüberschuß nach eigenem Gutdünken auf dem Markt oder in ihren Kolchos-Läden verkaufen.

Neue Steuerpolitik.

Ungefähr gleichzeitig wurde auch die Steuerpolitik in den Dienst der Erhöhung der Produktion gestellt.

Daß die Gesamtsumme der Landwirtschaftssteuer für 1932 gegenüber dem Vorjahr nicht erhöht wird, obgleich nach der „Moskauer Rundschau" die Erweiterung der Saatfläche und die Vergrößerung der Bruttoproduktion 20 Prozent betragen wird, besagt nicht viel. Denn erstens ist es sehr fraglich, ob sich jene Hoffnung verwirklicht, und zweitens findet die weit wirksamere und ergiebigere Besteuerung der russischen Bauern ja auf anderem Wege, durch die Hochschraubung der Industriepreise, statt: Durch Hochhaltung dieser Preise holt sich seit Jahren der Staat von den Bauern die Mittel, um den Produktionsapparat der Industrie zu erweitern.

Wichtiger sind folgende Neuerungen: Kollektiv-Wirtschaften, die ihre Produktions- und Aufbringungspläne rechtzeitig erfüllen, erhalten 25 Prozent Steuerermäßigung. Jede Art Vieh in den Kollektiv-Wirtschaften ist steuerfrei, auch das Vieh, das dem persönlichen Bedarf der einzelnen Kollektiv-Wirtschafter dient. Selbst den Einzelbauern wird eine Steuererleichterung zugesagt: Für den *Zuwachs* an Vieh brauchen sie keine Steuern zu zahlen. Neu umbrochener Urboden wird nicht besteuert, auch nicht bei Einzelbauern. Artikel 14 des Steuergesetzes besagt: „Zwecks Entwicklung des Kolchoshandels werden die Einnahmen der Kolchosen aus dem Verkauf von Agrarprodukten in Kolchosläden und auf Kolchosmärkten nicht besteuert." Und laut Artikel 51 werden die Handelseinkünfte der Einzelbauern in den Fällen, wo sie ihre Produkte in den Kolchosläden oder auf Kolchosmärkten absetzen, ebenfalls von der Steuer befreit.

Die „Generallinie".

Der Leitartikel der „Iswestija" vom 14. Mai unterstreicht die Bedeutung der getroffenen Maßnahmen und behauptet:

„Alle diese Maßnahmen sind mit der Generallinie der Partei organisch verbunden und folgen aus ihr."

Diese Worte dürfen wir sicher nicht so auffassen, daß es der Generallinie der Partei entspricht, einen Schritt vom Kollektivismus „zurück" zu tun zur Privatwirtschaft. Aber natürlich entspricht es der Generallinie, die Partei an der Macht zu halten. Und dazu ist es genau wie 1921 bei Lenins großer Schwenkung zur NEP (neuen ökonomischen Politik) erforderlich, Bauernrevolten zu vermeiden und die Ernährung der Städter sicher zu stellen. Dazu wiederum hat es sich eben als notwendig erwiesen, jene Schritte zu tun, die von Kollektivisten natürlich — genau wie seiner Zeit die NEP — als *Rückschritte* empfunden werden. Ihnen gegenüber ist es daher notwendig, jene Schritte zu bemänteln mit dem Hinweis auf den „Sieg der Kollektiv-Wirtschaft", obgleich in der Tat alles andere vorliegt als ein Beweis für die ökonomische Ueberlegenheit der Kollektiv-Wirtschaft.

Wir allerdings könnten geradezu denken, daß sich jene Schritte als *Fortschritte* erweisen.

Die Getreide- und Viehproduktion kann auf diesem Wege sehr wohl gesteigert werden,

vorausgesetzt, daß die Bauern daran *glauben*, daß die neuen Verordnungen wenigstens einige Jahre in Kraft bleiben. Es ist ja außerdem nicht völlig ausgeschlossen, daß die russischen Kommunisten inzwischen aus Erfahrungen lernen und daß die neuen Verordnungen bestehen bleiben.

Wir befürchten allerdings, daß zunächst nur eine Schwenkung *auf kurze Sicht* beabsichtigt ist. Die „Moskauer Rundschau" schreibt am 15. Mai:

„Die nächsten Wochen werden zeigen, in welchem Maße diese Faktoren (die neuen Verordnungen) die gewünschte Wirkung auf das Aussaat-Tempo ausüben werden."

Mit geradezu nervöser Hast sollen Erfolge noch in diesem Jahre erzwungen werden. Die „Iswestija" schrieb am 14. Mai:

„Die Realisierung der Beschlüsse des ZK und des Rates der Volkskommissare, das Heranbringen dieser Beschlüsse an jeden einzelnen Kollektivwirtschaftsbauern, an jeden einzelnen werktätigen Einzelbauern, die richtige Erläuterung dieser Beschlüsse versprechen eine weitere und dazu gewaltige Entwicklung der wirtschaftlichen Initiative und Selbsttätigkeit breitester Massen, deren Ergebnisse kaum eingeschätzt werden können. . . .

Schon jetzt, in der jetzigen Saatkampagne, entsteht vor jeder Kollektivwirtschaft, vor jedem Kollektivwirtschaftsbauer und jedem werktätigen Einzelbauer die Frage der grundsätzlichen Erweiterung der Anbaufläche für Futtermittel zwecks Erweiterung der Viehzucht."

Warum schon wieder phantasieren?

Den folgenden Zeilen aus demselben Aufsatz der „Iswestija" ist nur allzu leicht zu entnehmen, daß die [illegible]

„Der Beschluß des ZK und des Rates der Volkskommissare über die Getreidebeschaffung und den kollektivwirtschaftlichen Handel mit Getreide hat einen starken Aufschwung der Produktionstätigkeit von breiten Massen der Kollektivwirtschaftsbauern herbeigeführt. Die Kollektivwirtschafter antworten auf diesen Beschluß mit konkreten Taten. Sie erhöhen die Norm, verkürzen die Fristen der Aussaat, bebauen zusätzliche Flächen, organisieren Kollektivwirtschaftsläden, treffen eine Reihe von Maßnahmen zur Hebung des Ernteertrags u. s. w. Der Beschluß hat eine gewaltige Welle der wirtschaftlichen Initiative und Selbsttätigkeit zur Folge gehabt."

Daß in Moskau am 8. und 10. Mai veröffentlichte Beschlüsse eine „gewaltige Welle" so rasch zur Folge haben können und die „Iswestija" am 14. Mai auf Grund konkreter Berichte von Augenzeugen das hier wiedergegebene optimistische Urteil abgeben kann, bezweifeln wir wohl mit Recht. Die russischen Bauern müßten ja geradezu Wunderwesen sein, wenn sie so rasch auf die Lockerung der Kollektivierung „antworten" würden.

Wir sind aber völlig sicher:

Wenn die Bauern Vertrauen zur Ehrlichkeit der getroffenen Maßnahmen fassen, so werden sie antworten: durch erhöhte Produktion, durch verbesserte Versorgung der Industriearbeiter mit Lebensmitteln.

Hellmut Rauschenplat.

DEUTSCHLAND

Statistik des Unfugs: 30 000 (in Worten: dreißigtausend) Krisenbekämpfungsprogramme sind im Laufe der Zeit dem Reichsarbeitsministerium eingereicht worden — von der Maschinensteuer bis zur Teeanpflanzung in der Lüneburger Heide.

Steuerhinterziehungen: Das Reichsfinanzministerium teilte im Steuerausschuß des Reichstages mit: Infolge der Steueramnestie des Vorjahres sind 2,1 Milliarden Mark bisher hinterzogener Vermögenswerte der Steuerbehörde angegeben worden; davon entfallen 900 Millionen Mark auf ausländische Beteiligungen. (Man sieht, wie üblicherweise die Steuern hinterzogen werden!) — Auf Grund der Amnestie sind für das Jahr 1930 nicht weniger als 132 Millionen Mark Einkommen nachträglich angemeldet worden.

Steuerfreie Reichsbahn-Anleihe 1931: Auf diese Anleihe, deren Verzinsung bekanntlich besteht in 4½ Proz. + Steuerfreiheit + Freiheit von Gefängnisstrafen für Steuerhinterziehungen, sind von den gezeichneten rund 250 Millionen Mark etwa drei Viertel eingezahlt worden. — Für das restliche Viertel könnte man noch eine vernünftigere Verwendung suchen als die Modernisierung der Wannseebahn.

Walzwerksproduktion im April gestiegen: Die arbeitstägliche Gewinnung stieg vom März zum April von 12 600 auf 15 400 Tonnen. Da der April einen Arbeitstag mehr hatte als der März, ist die Gesamtproduktion noch stärker gestiegen: von 316 000 Tonnen auf 400 000 Tonnen. (Produktion im April 1931: 528 000 Tonnen.)